

Anzug betreffend Schwarzarbeit

In Studien der OECD wurde festgestellt, dass im Jahre 2001 in der Schweiz 37 Milliarden Franken, d.h. 9,3 Prozent des offiziell ausgewiesenen Bruttoinlandprodukts (BIP) mit Schwarzarbeit erwirtschaftet wurde. Mit dem Einsetzen der Freizügigkeitsregelung von Arbeitskräften aus dem EU-Raum hat die Schwarzarbeit nochmals drastisch zugenommen. Die nicht versteuerten Rekordumsätze schädigen den Staat, schädigen die Sozialwerke und die Privatwirtschaft, insbesondere die KMU's. Gleichwohl erachten viele Schweizerinnen und Schweizer die Schwarzarbeit als akzeptabel, weil sie demjenigen, der sich damit etwas verdient, Vorteile bringt, und der Empfänger "schwarzer Leistungen" diese günstiger erhält. Die bis heute getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sind angesichts des Umfangs und der Tragweite des Problems äusserst bescheiden geblieben.

Wo sind die Entstehungsursachen der Schattenwirtschaft zu orten? In der sinkenden Steuermoral?

In den wachsenden Kosten sowie gesetzlichen und administrativen Vorschriften? In der kürzeren Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit? Die wesentlichen Ursachen sind:

1. Die Belastung der Arbeitsleistungen mit hohen Steuer- und Sozialversicherungsabgaben gilt unter Ökonomen als die wichtigste Ursache für die Existenz der Schattenwirtschaft. Je höher die Abgabelast, umso grösser der Anreiz, sich dieser ausserhalb der Legalität zu entziehen.
2. Kostensteigernde und produktivitätshemmende staatliche Regulierungen und Interventionen führen dazu, dass immer mehr Leute in die unregulierte Schattenwirtschaft abwandern, um der Bevormundung durch den Staat zu entgehen.
3. Der Wertewandel in der Gesellschaft übt ebenfalls einen Einfluss aus. Nimmt beim Steuerzahler der Glaube ab, dass den Steuern und Abgaben eine adäquate Leistung des Staates gegenübersteht, so steigt die Bereitschaft, Einkommen der steuerlichen Erfassung zu entziehen. Zudem wird Schwarzarbeit grundsätzlich eher als Kavaliersdelikt angesehen.
4. Auch die Länge der offiziellen Arbeitszeit spielt als Ursache mit: Wird die Wochenarbeitszeit regulativ verkürzt, führt dies tendenziell zu einer Ausdehnung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten.
5. Sinken die Erwerbsquoten und wird der Ausstieg aus dem offiziellen Erwerbsleben erleichtert, so steigen häufig die Anreize - beispielsweise für Arbeitslose und Frührentner - ihr Einkommen durch inoffizielle Erwerbstätigkeit aufzubessern und dennoch weiterhin in den Genuss von Transferleistungen zu gelangen.
6. Auch die Höhe des Einkommens spielt als Ursache mit: Schattenwirtschaftliche Tätigkeiten sind vor allem für diejenigen Bevölkerungsschichten verlockend, die entweder in der offiziellen Wirtschaft steuerlich stark belastet werden oder dort einen schlecht bezahlten Job haben.
7. Schliesslich erhöht das Wissen, dass Nachbarn, Bekannte und Freunde auch schwarz arbeiten, die Bereitschaft, es ihnen gleichzutun; es tritt ein "Schneeballeffekt" ein.

In unseren Gesetzen ist klar geregelt, was man tun darf und was nicht. Wenn beispielsweise ein Arbeitgeber einen Ausländer ohne Bewilligung schwarz anstellt oder wenn er keine Sozialversicherungsbeiträge abrechnet, wird er dafür bestraft.

Die Schattenwirtschaft befriedigt Bedürfnisse, die der Markt offenbar nicht zu 100% oder nur zu höheren Kosten befriedigen kann. Das ist eine ökonomische Tatsache. Die CVP möchte solche und andere Fragen zur Schwarzarbeit zur Diskussion stellen und damit zur Meinungs- und Willensbildung anregen.

Die Unterzeichneten bitten deshalb den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten,

- ob und wie sich der Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen weiter ausbauen liesse
- ob die Überwachung durch staatliche Kontrollen auch abends und an Samstagen durchgeführt wird
- was zur Aufklärung der Bevölkerung betreffend Schwarzarbeit unternommen wird

- was sie zu unternehmen gedenkt, um die kostensteigernden und produktivitätshemmenden staatliche Regulierungen abzubauen
- welche Massnahmen sie zu treffen gedenkt, um die persönliche Einstellung und das Verhalten jenseits des gesetzlichen Rahmens der betreffenden Individuen zu ändern
- was sie zu unternehmen gedenkt, dass Arbeitslose und Frührentner, die ihr Einkommen durch inoffizielle Erwerbstätigkeiten aufbessern, nicht in die Illegalität abwandern und weiterhin Transferleistungen beziehen.

F. Gerspach, P. Marrer, Dr. P. Schai, Dr. R. von Aarburg, M. Rünzi, St. Gassmann, Dr. P. Eichenberger, M. Lehmann, P. Roniger, St. Ebner